

Wahlprüfsteine zur NRW-Landtagswahl am 15.05.2022

– Antworten der im Landtag vertretenen Parteien –

Frage	Antworten
<p>1. Was werden Sie tun, um die Hochschulen bei der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen und damit zu starken Nachhaltigkeitspartnerinnen zu machen?</p>	<p><u>CDU</u>: Wir wollen den begonnenen Aufbau des neuen Forschungs- und Lehrkollegs der nordrhein-westfälischen Universitäten für Nachhaltigkeit, „HumboldtN“ fortführen. In den von uns geschaffenen Weiterbildungsbeirat sind die Volkshochschulen mit Sitz beteiligt und damit auch formalisiert in die Entwicklung zukünftiger Landesprogramme und Landesstrategien eingebunden. So gewährleisten wir auch langfristig eine konstruktive und gleichberechtigte Kooperation. Wir sind überzeugt: Mit Forschung und Entwicklung lösen wir die Herausforderungen unserer Zeit. Dazu wollen wir Forschung und Entwicklung befähigen, weiterhin international konkurrenzfähige Technologien für energieintensive Prozesse hervorzubringen, die den CO2-Ausstoß senken und eine klimaneutrale Produktion ermöglichen. Auch weiterhin stärken wir daher herausragende Lehre und Forschung und schaffen gute Rahmenbedingungen für die Studentinnen und Studenten.</p> <p><u>SPD</u>: Hochschulen sind nicht nur Lern-, Arbeits- und Lebensorte, sondern auch Impulsgeber und Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, der Identität sowie des strukturellen Wandels von Städten und Regionen. Dementsprechend wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen ihre Rolle in der Nachhaltigkeitsdebatte weiterentwickeln und sie dabei auch finanziell unterstützen. Ein wichtiger Baustein ist die Erarbeitung eines landesweiten Nachhaltigkeitskonzepts der Hochschulen unter Beteiligung weiterer externer Partner mit dem Ziel, Nachhaltigkeit und nachhaltiges Handeln in Forschung, Lehre, Administration und Infrastrukturen zu verankern. Die Bündelung von Kompetenzen und Expertise der Grundlagenforschung und der umsetzungs- und anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsforschung wird perspektivisch auch der Gesellschaft zugutekommen. (Anmerkung: In Humboldt hoch n sind bislang nur die Universitäten vertreten.)</p>

	<p><u>FDP</u>: In der 2021 geschlossenen Hochschulvereinbarung NRW 2026 sind erstmals strategische Ziele der landesweiten Hochschulentwicklung enthalten. Damit haben wir in Regierungsverantwortung den Hochschulen für die Haushaltsjahre 2022 bis 2026 einen stabilen und verlässlichen finanziellen Rahmen zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug nehmen die Hochschulen erforderliche Anpassungen und Erweiterungen des Studienangebotes an neue Bedarfe im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Verantwortung vor und setzen ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Betreuungssituation und der Studienbedingungen fort. In der Hochschulvereinbarung wird explizit auf die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz Bezug genommen. Wir setzen uns dafür ein, den in Form der Hochschulvereinbarung NRW 2026 mit den autonomen Hochschulen eingeschlagenen Weg weiterzugehen.</p> <p><u>Grüne</u>: Wir wollen ein Programm für eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 einrichten. Dazu gehört vor allem ein Modernisierungsprogramm, das hilft, den Sanierungsstau an den Hochschulen abzubauen, um sie klimagerecht zu sanieren und zu modernisieren. Dazu gehört auch eine Förderung für Klimaschutzmanager*innen und Green Offices an den Hochschulen. Darüber hinaus wollen wir bei der Forschungsförderung Schwerpunkte auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit legen.</p> <p><u>AfD</u>: Zunächst sollten die verantwortlichen Gremien der Hochschulen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln in allen Leistungsdimensionen und Handlungsfeldern selbständig eine größtmögliche Effizienz des Hochschulbetriebs im Sinne einer Nachhaltigkeitsentwicklung planen und umsetzen. Die Autonomie der Hochschulen erfüllt gerade in der Erfüllung dieser Aufgabe ihren hohen Zweck. Über die Zuweisung von außerordentlichen Mitteln im Sinne der Nachhaltigkeitsförderung wird dann jeweils in den Haushaltsberatungen entschieden werden müssen.</p>
<p>2. Wie wird Ihre Partei die anwendungsorientierte Forschung und den Transfer an HAWs konkret stärken?</p>	<p><u>CDU</u>: Wir haben bereits im Jahr 2019 eine Änderung des Gesetzesentwurfs zum Hochschulgesetz eingebracht. Das Promotionsrecht wurde damit einzelnen Fachbereichen des neu gegründeten „Promotionskollegs für angewandte Wissenschaften“ verliehen, denen Professorinnen und Professoren von Fachhochschulen angehören. Dabei legen wir großen Wert auf Qualität und die Einbettung des Promotionsgeschehens in einen klaren Forschungszusammenhang und einen Kontext der Lehre. In den kommenden Jahren werden wir ein landesweites Forschungskolleg mit einem Fellowship-Programm für forschungsstarke</p>

Professorinnen und Professoren von den Hochschulen für angewandte Wissenschaften einrichten. Den akademischen Mittelbau an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften werden wir stärken. Außerdem unterstützen wir den Ausbau der Kooperationen der Universitäten und der Hochschulen für Angewandte Wissenschaft bei der Ausbildung von Lehrkräften für Berufskollegs.

SPD: Wir werden die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit den notwendigen Mitteln ausstatten, um erstklassige Bedingungen für Forschung zu schaffen und im nationalen und internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen zu können. Zur Stärkung der anwendungsorientierten Forschung und des Transfers werden wir einen kooperativen Beitrag zur Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) des Bundes leisten, um soziale und technische Innovationen an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zu fördern. Um Ausgründungen aus den HAWs zu stärken, sollen die Exzellenz Start-up Center des Landes künftig auch an die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften angeschlossen werden. Dies kann zudem einen positiven Beitrag zur Zusammenarbeit der HAWs mit Start-ups, KMU sowie sozialen und öffentlichen Organisationen leisten. Zudem wollen wir an den HAWs die Dezernate für Transfer auch durch die Absicherung unbefristeter Stellen stärken.

FDP: Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften leisten durch eine praxisnahe Lehre sowie angewandte Forschung einen wichtigen Beitrag, den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen. Davon profitieren vor allem viele kleinere und mittlere Unternehmen. Wir haben uns bereits 2017 dafür eingesetzt, Ausgründungen von Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern zu fördern, etwa durch das Gründerstipendium sowie die Aufnahme eines Urlaubssemesters für Gründerinnen und Gründer in das Hochschulgesetz. Zusätzlich wollen wir zukünftig den Wissenstransfer zwischen HAW und Wirtschaft sowie Gesellschaft durch eine Transfergesellschaft weiter fördern. Diese muss unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen.

Grüne: Wir wollen Forschung „Made in NRW“ und den Transfer von Forschungsergebnissen in Wirtschaft und Gesellschaft hinein strukturell stärken. Dazu wollen wir unter anderem das

	<p>Promotionskolleg der Hochschulen für angewandte Wissenschaften besser fördern, die Lehrverpflichtung der HAW-Professor*innen senken und zusätzliche Stellen ermöglichen (siehe auch Antworten auf die Fragen 3 und 4). Bei der Forschungsförderung wollen wir Schwerpunkte auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit legen. Dafür schaffen wir unter anderem dauerhaft zusätzliche Professuren für Digitalisierungsforschung und fördern die Digitalisierungsforschung auch darüber hinaus, insbesondere in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und -computing, Cybersicherheit und Data Science. Die HAW werden selbstverständlich an dieser Förderung teilhaben können. Außerdem unterstützen wir das Vorhaben der Bundesregierung, die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation zu gründen, durch die Forschung insbesondere an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften gefördert werden soll.</p> <p><u>AfD</u>: Die Weiterentwicklung der früheren Fachhochschulen zu den heutigen Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist evident, ist aber in den unterschiedlichen Fachbereichen durchaus unterschiedlich verlaufen. Gerade bei den technisch orientierten Lehrstühlen, aber nicht nur dort, ist eine deutliche Zunahme und Intensivierung der Forschungstätigkeit zu beobachten. Es müsste die Aufgabe einer Kommission aus Vertretern der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Mitgliedern der Landesregierung, Vertretern der Universitäten und unabhängiger Bildungsforscher sein, den Bedarf an der Errichtung von Forschungsassistenzen im Sinne eines Mittelbaus zu eruieren, zu spezifizieren und ein auf höchste Flexibilität ausgelegtes Strukturkonzept zur Unterstützung der Forschungstätigkeit an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu entwerfen. Für die Umsetzung solch eines Konzeptes müssten dann auf jeden Fall Mittel für die Grundfinanzierung bereitgestellt werden.</p>
<p>3. Wie werden Sie den Erfolg des Promotionskollegs NRW landesseitig unterstützen?</p>	<p><u>CDU</u>: Mit der von uns bereits 2019 beschlossenen Novellierung des Hochschulgesetzes haben wir unser Wort gehalten: Wir haben die Universitäten und Fachhochschulen deutlich gestärkt und ihnen mehr Autonomie und Selbstgestaltungskraft zurückgegeben. Durch die Gründung eines „Promotionskollegs für angewandte Wissenschaften“ haben wir Promotionsmöglichkeiten für Studierende an Fachhochschulen geschaffen und sorgen auch weiterhin dafür, dass das Promotionskolleg dem wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen für angewandte Wissenschaften neue Chancen eröffnet. Wir sind überzeugt: Hochschulen sollen in ihrer Rolle als Katalysatoren für Innovation und gesellschaftlichen</p>

Fortschritt gestärkt werden. Um dazu als Land partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit ihnen über die richtigen Ideen und Maßnahmen zu Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft verhandeln zu können, haben wir den Hochschulen die ihnen zustehende und für sie notwendige Freiheit verschafft.

SPD: Die Grundlagen für das Promotionskolleg sind durch eine parlamentarische Initiative geschaffen worden. Wir fühlen uns deshalb dem Promotionskolleg eng verbunden. Wir werden den Erfolg des Promotionskollegs NRW unterstützen, indem wir eine entsprechende Landesförderung in ausreichendem Maße sicherstellen. Ferner unterstützen wir das Promotionskolleg weiterhin intensiv auf dem Weg zur Verleihung des Promotionsrechts durch das Land.

FDP: Wir setzen uns weiter dafür ein, neue Möglichkeiten zur Promotion für Studierende an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zu schaffen. Dies wurde mit dem Promotionskolleg umgesetzt. Um eine wissenschaftliche Gleichwertigkeit zu den Promotionen an Universitäten zu gewährleisten, wurde der Wissenschaftsrat beauftragt das Konzept des Promotionskollegs zu begutachten. Nach dem Vorbild des Promotionskollegs wollen wir zudem ein Digitalkolleg NRW einrichten, damit Lehrende von unterschiedlichen Hochschulen im Sinne einer Best-Practice ihre Expertise in eine einzigartige Plattform für Lehrende und Lernende einbringen können.

Grüne: Wir wollen den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch eine verlässliche Finanzierung des Promotionskollegs NRW absichern. Dazu gehört, dass die HAW keinen Eigenanteil mehr zahlen müssen, der bisher zu Lasten ihrer anderen Arbeit geht.

AfD: Die Weiterentwicklung des Graduierteninstituts zum Promotionskolleg ist ein Fortschritt, weil dadurch zu große Abhängigkeiten der Hochschulen für angewandte Wissenschaften von den Universitäten vermieden werden. Die AfD wird sich gemäß der jeweiligen Evaluationsberichte für eine angemessene Mittelausstattung der Promotionskollegs einsetzen.

4. Was werden Sie tun, um Verbesserungen bei der Lehrverpflichtung für HAW-Professor_innen herbeizuführen (z.B. die Steigerung der Deputatsermäßigung von 4 % auf die bundesweit übliche Quote, Schwerpunkt- und Forschungsprofessuren)?

CDU: Für forschungsstarke Professorinnen und Professoren von den HAWs werden wir ein landesweites Forschungskolleg mit einem Fellowship-Programm einrichten. Wir sind überzeugt: Die Lehrenden brauchen gute Rahmenbedingungen und müssen entlastet werden, um weiterhin herausragende Arbeit leisten zu können. Doch viele Fachhochschulen haben schon heute akute Probleme, neue Professorinnen und Professoren zu finden. Anstatt neue Professuren zu schaffen, für die Kandidaten mit mehrjähriger Praxis benötigt werden, setzen wir deshalb darauf, den Mittelbau zu stärken. Für uns steht aber auch fest: Der Anspruch an die wissenschaftliche Ausrichtung ist rasant gestiegen, weshalb HAWs im Bereich der Forschung mehr bieten müssen als früher. Dazu geben bereits bestehende Regelungen personelle Freiräume, steuernd einzugreifen und Deputate zu reduzieren. Die Lehre als zentrale Aufgabe der HAWs muss auch dabei stark gewichtet bleiben. Denn die wegfallenden Stunden dürfen nicht dazu führen, dass letztendlich weniger Studierende an HAWs aufgenommen werden können oder zu Lasten der Lehre umgeschichtet wird.

SPD: Die Stärkung der anwendungsorientierten Forschung und des Transfers wird durch die hohe Lehrverpflichtung an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften eingeschränkt. Um Verbesserungen bei der Lehrverpflichtung für Professorinnen und Professoren an HAWs herbeizuführen, hat die SPD die Anträge „Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften erleichtern – Lehrverpflichtungsverordnung zeitgemäß anpassen“ und „Forschungstätigkeiten an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – Weitere Professuren einrichten“ eingebracht, die von den regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt wurden. Die in den Anträgen dargestellte Steigerung der Deputatsermäßigung bleibt jedoch weiterhin das erklärte Ziel.

FDP: Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft im Allgemeinen sowie für die Beschäftigten der HAW im Besonderen sind uns ein wichtiges Anliegen. Dies umfasst eine weitere Verbesserung der digitalen Ausstattung der Hochschulen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Verbesserungen bei der Lehrverpflichtung sollten in einem ergebnisoffenen Prozess mit den beteiligten Akteuren diskutiert werden.

Grüne: Wir wollen die Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften durch eine Reduzierung der Lehrverpflichtung der Professor*innen stärken, mit zusätzlichen

	<p>Professuren und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Dabei bevorzugen wir ein Modell, bei dem die Lehrverpflichtung aller HAW-Professor*innen reduziert wird, da das derzeitige System mit einem Pool für Deputatsermäßigungen an seine Grenzen gestoßen ist.</p> <p><u>AfD</u>: Das Lehrdeputat an Universitäten und Hochschulen entspricht der ursprünglichen Aufgabenzuweisung von Forschung und Lehre für eine Universitätsprofessur wie von Lehre für eine Professur an der Fachhochschule. Weil sich mit der Weiterentwicklung von Hochschulen für angewandte Wissenschaften die Forschungstätigkeit einzelner Lehrstühle deutliche ausgeweitet hat, muss auch über die Höhe des Lehrdeputats neu nachgedacht werden. Dies ist in Zusammenhang mit den oben genannten Konzepten zur Errichtung von Forschungsassistenzen zu sehen und im Verbund zu entscheiden. Insofern wäre mit der Einrichtung von Forschungsassistenzen an einem Lehrstuhl auch die dementsprechende Deputatsermäßigung verknüpft. Anzustreben ist zunächst einmal eine Herabsetzung der Lehrverpflichtung auf 16 SWS wie in Sachsen-Anhalt. Die Herabsetzung der Lehrverpflichtung auf 12 SWS, wie vom Wissenschafts-rat gefordert, ist im Augenblick sicherlich nicht zu finanzieren.</p>
<p>5. Wie sichern Sie die dauerhafte Umsetzung der schon mehr als 100 kooperativen DH.NRW-Vorhaben ab? Wie unterstützen Sie die Hochschulen dabei, dauerhafte Aufgaben in Betrieb und Sicherheit adäquat zu bewältigen? Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei bei der digitalen Transformation der Hochschulen?</p>	<p><u>CDU</u>: In NRW gibt es bereits viele gute Beispiele wie Professuren attraktiver gemacht werden können. So hat die FH Münster Nachwuchsprofessuren aufgestellt, die einen entsprechenden Titel haben, lehren dürfen, aber gleichzeitig bei kooperierenden Unternehmen Praxiserfahrung sammeln. Für gute Forschung und Lehre – auch in Zeiten von Corona – haben wir die Digitalisierung mit insgesamt 220 Millionen Euro vorangetrieben. Wir wollen die positiven Erfahrungen mit digitalen Lehr- und Lernformaten in die Präsenzlehre integrieren. Mit der DigitalenHochschule.NRW haben wir dazu eine Digitalisierungsoffensive vorangetrieben. Ein Beispiel ist das 2021 gestartete Landesportal „Open Resources Campus NRW“, auf dem digitale Lehr- und Lernmaterialien für Lehrende und Studierende sowie Services zum Thema digital gestützte Lehre bereitgestellt werden. Unsere Digitalisierungsoffensive setzen wir auch künftig fort, indem wir neue Formate im Bereich der Präsenz, der digitalen und der hybriden Lehre fördern. Mit Projekten wie einer landesweit einheitlichen CampusApp verfolgen wir die Digitalisierung analoger Prozesse, um Serviceleistungen zu transformieren.</p>

SPD: Die Pandemie hat Schwachstellen der Digitalisierung an den Hochschulen gezeigt. Auch wenn die unternommenen Anstrengungen, den Betrieb der Hochschulen über digitale Lehre sicherzustellen, sog. Nullsemester verhindert haben, ist der Weg zu einer qualitativ hochwertigen Ausstattung und nachhaltigen Sicherung der Hochschulen in diesem Arbeitsfeld noch weit. Auch Fragen der Datensicherheit sind durch Cyberattacken im letzten Jahr in den Fokus gerückt. Wir wollen digitale Lehre professionalisieren und nachhaltig sichern. Dies bedarf der Einrichtung einer dauerhaften Finanzierung für Infrastruktur und Personal. Gleiches gilt für die Frage der Datensicherheit. Auch hier bedarf es dauerhafter Finanzierung, um sicherzustellen, dass qualifiziertes Personal gebunden und Investitionen ermöglicht werden. Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen definieren, welche zusätzlichen Investitionsmittel dauerhaft notwendig sind, um die Modernisierung der digitalen Infrastruktur abzusichern.

FDP: Gemäß des Prinzips der Hochschulfreiheit sind die Hochschulen bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben frei. Bei der Digitalisierung stehen viele Hochschulen vor ähnlichen Herausforderungen, daher begrüßen wir gemeinsame Lösungen. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, im Rahmen einer landesweiten Digitalisierungsoffensive weitere Mittel für Kooperationsprojekte zur Digitalisierung zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus hat die Corona-Pandemie in den vergangenen zwei Jahren einen Digitalisierungsschub sowohl bei der Verwaltungs- und Gremienarbeit als auch bei Lehre ausgelöst. Während der Pandemie gemachte Erfahrungen sollten evaluiert und positive Aspekte dauerhaft übernommen werden. Digitale Lehr- und Lernelemente sollten zukünftig als Ergänzung zur Präsenzlehre ausgebaut werden.

Grüne: Die Digitalisierung des Hochschulsystems ist in Nordrhein-Westfalen bisher unterfinanziert. Wir wollen die Digitalisierung in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services voranbringen. Dafür wollen wir ein Förderprogramm für eine umfassende Digitalisierung an den Hochschulen auflegen. Dazu gehört auch, dass wir die Hochschulen bei der Umsetzung des E-Government-Gesetzes begleiten und sicherstellen, dass die dauerhaften Kosten der Umstellung gedeckt sind. Die Förderung für digitale Lehre und digitales Lernen wollen wir ausbauen und Dialogformate organisieren. Studium in Präsenz und digitales Lernen sollen sinnvoll kombiniert werden. Mit passenden Förderinstrumenten

	<p>wollen wir eine Open Science ermöglichen, mit Open Data und Open Educational Resources sowie der Nutzung von Open Source-Software. Vielfach schon bestehende Projekte hierzu, insbesondere im Rahmen der Digitalen Hochschule NRW, können ausgebaut oder verstetigt werden. Wir unterstützen weiterhin die Digitale Hochschule NRW und die eigenständigen Themensetzungen durch die Hochschulen.</p> <p><u>AfD</u>: Die weitgehende Verlagerung der Präsenzveranstaltungen auf Online-Formate aufgrund des gesetzlich verordneten Betretungsverbot von Universitätsgebäuden im Rahmen der Bekämpfung der Covid-19-Erkrankung ist von seiner technischen Durchführung her insgesamt gelungen und beweist die Leistungsfähigkeit der hiesigen Universitäten und Hochschulen. Auch wenn dadurch die Lehre mit ihren Prüfungsverfahren und Forschungsvorhaben durchaus durchgeführt werden konnten, sind doch die Grenzen eines vorwiegend digital ablaufenden Universitätsbetriebs sehr deutlich geworden. Anthropologische Bedingungen verlangen mit wenigen Ausnahmen die Präsenz derjenigen, die sich in den herkömmlichen akademischen Veranstaltungen im kommunikativen Austausch über einen wissenschaftlichen Sachverhalt befinden. Deshalb lehnt es die AfD ab, bisherige Präsenzformate durch Online-Formate zu ersetzen. Dagegen sollte das Verwaltungshandeln stärker über digitale Instrumente abgewickelt werden können. Vordringlich ist die digitale Verarbeitung der BAföG-Anträge.</p>
<p>6. Welche Strategie verfolgen Sie zur Unterstützung der Internationalisierungsstrategien der HAWs? Welche Schwerpunkte sehen Sie konkret?</p>	<p><u>CDU</u>: Für exzellente Forschung und Wissenschaft werden wir die Internationalisierung unserer Hochschulen weiterhin unterstützen und den Ausbau von Studienaustauschangeboten fördern, um den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter auszubauen. Denn unser Land soll künftig zur bundesweiten Spitze gehören. Schwerpunktmäßig werden wir aus dem Projekt Photonisches Quantencomputing (PhoQC) an der Universität Paderborn perspektivisch ein international führendes Forschungszentrum schaffen. Um die Friedens- und Konfliktforschung stärker zu fördern, werden wir das Bonn International Centre for Conflict Studies ausbauen. Das mit 75 Millionen Euro für neue Forschungszentren geförderte Research-Center Ruhr ist bereits heute ein Aushängeschild der von uns einberufenen Ruhrkonferenz. Damit werden wir das Ruhrgebiet als Forschungs- und Wissenschaftsregion mit internationaler Strahlkraft und Exzellenz weiter stärken.</p>

SPD: Mit den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungsinstituten des Landes wollen wir eine gemeinsame Strategie entwickeln, um internationale Wissenschaftsallianzen und Hochschulkooperationen zu fördern. Im Kontext des von der SPD eingebrachten Antrags „Brexit – Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungs Kooperationen aktiv fördern“ wurde deutlich, dass andere Bundesländer die Bildung von Wissenschaftsallianzen aktiv fördern, das nordrhein-westfälische Engagement ist hingegen überschaubar. Es besteht also großer Handlungsbedarf.

FDP: Wir stehen für ein weltoffenes NRW, in dem Talente aus aller Welt willkommen sind. Zur Überwindung des Fachkräftemangels ist es im wirtschaftlichen Interesse unseres Landes, mehr junge Menschen aus dem Ausland für ein Studium in NRW zu gewinnen. Umgekehrt sind Stationen im Ausland für Studierende und Nachwuchswissenschaftler eine wichtige und wertvolle Erfahrung. Mit einer Austauschoffensive wollen wir den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nach der Pandemie wiederbeleben. Wir wollen daher sowohl die HAW als auch Universitäten weiter bei der Internationalisierung unterstützen. Als Verfechter der Hochschulfreiheit sind wir überzeugt, dass die Ausgestaltung einer zu einer bestimmten Hochschule passenden Internationalisierungsstrategie am besten von der Hochschule selbst erfolgen kann.

Grüne: Wir erkennen, dass sich globale Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Deshalb wollen wir in Studium, Forschung und Lehre die europäische und internationale Vernetzung und Zusammenarbeit fördern. Dabei setzen wir Schwerpunkte auf Themen wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Gesundheit und Soziales, Digitalisierung sowie Frieden. Wir stellen sicher, dass Kooperationen auf unseren freiheitlichen Werten aufbauen und dass die Freiheit von Forschung und Lehre nicht durch externen Einfluss eingeschränkt wird.

AfD: Die Wissenschaftsgemeinde war immer schon weltweit vernetzt. Die Möglichkeiten des zeitnahen Austausches mit Hilfe digitaler Medien hat diese Vernetzung intensiviert und ausgeweitet. Die AfD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass möglicherweise noch bestehende Barrieren für eine wirksame gemeinsame Forschung überwunden werden. Allerdings werden die einzelnen Hochschulen die Form und Intensität der eigenen

	<p>internationalen Ausrichtung in eigener Regie gestalten. Das Land sollte dafür aber Mittel in angemessener Höhe zur Verfügung stellen.</p>
<p>7. Unterstützt Ihre Partei das Bestreben der HAWs nach einer eigenständigen Rolle bei der Lehramtsausbildung für Berufskollegs und werden Sie hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen?</p>	<p><u>CDU</u>: Wir unterstützen den Ausbau der Kooperationen der Universitäten und der Hochschulen für Angewandte Wissenschaft bei der Ausbildung von Lehrkräften für Berufskollegs ausdrücklich. Indem wir das Lehramtsstudium und Referendariat stärker miteinander verzahnen, haben wir die Lehreraus- und -fortbildung bereits an aktuelle und künftige Herausforderungen angepasst. Denn wir sind überzeugt: Es ist gerade für junge Lehrkräfte wichtig, bereits im Studium einen engen Austausch mit dem Schulsystem zu haben.</p> <p><u>SPD</u>: Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind bestens geeignet, um einen Beitrag zur Gewinnung von Lehrkräften für berufsbildende Schulen zu leisten. Dazu tragen verschiedene Faktoren bei: HAWs sind auf berufsbezogene Ausbildungsgänge spezialisiert und bilden bereits heute den Großteil der Ingenieur*innen aus, sodass es insbesondere angesichts des Mangels im MINT-Bereich folgerichtig ist, sie in die Lehrkräfteausbildung einzubeziehen. Zudem kommen viele Studierende an HAWs von beruflichen Schulen und kennen diesen Schultypus. Um den Stärken der HAWs Rechnung zu tragen, sollte der Ausbau der Lehramtsausbildung für berufliche Schulen zukünftig vor allem auch in eigenständigen Ausbildungsgängen an den HAWs erfolgen. Entsprechende Forderungen hat die SPD im Antrag „Die bevorstehende Bildungskatastrophe an berufsbildenden Schulen abwenden – Neue Wege für die Personalgewinnung gehen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Ausbildung von Lehrkräften einbinden!“ formuliert.</p> <p><u>FDP</u>: Wir wollen mit den Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften Modelle der Lehreraus- und -fortbildung für den Bereich der beruflichen Bildung entwickeln. Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sollen eine größere Rolle bei der Lehramtsausbildung für Berufskollegs spielen. Bereits heute gibt es fünf Hochschulverbünde zwischen HAW und Universitäten in der Lehrerbildung für die gewerblich-technischen Fächer. Diese Kooperationsmodelle sollten evaluiert und dann auf weitere Fächer und Hochschulen ausgeweitet werden.</p>

	<p><u>Grüne:</u> Wir sind offen dafür, dass die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften eine stärkere Rolle bei der Lehramtsausbildung für berufsbildende Schulen einnehmen. Einzelne Hochschulen führen bereits Kooperationen in diesem Bereich durch. Solche Modelle sollten breiter etabliert und ausgebaut werden.</p> <p><u>AfD:</u> Die AfD hat bereits in ihrem Landeswahlprogramm von 2017 die Wiedererrichtung Pädagogischer Hochschulen für die Ausbildung von Lehrkräften der Grundschulen, Hauptschulen und Förderschulen gefordert. Insofern begrüßt es die AfD, wenn die bestehenden Hochschulen für angewandte Wissenschaften ihre Kapazitäten soweit ausbauen würden, dass Lehrkräfte für diese Schulformen ihr Studium aufnehmen könnten. Die Berufskollegs gehören zwar zur Schulform Sekundarstufe II, bieten aber auch Unterricht zum Erwerb von Abschlüssen der Sekundarstufe I an. Insofern fänden Lehrkräfte mit dem Studium für Sekundarstufe I in diesen Klassen und auch in einigen Fachklassen Einsatzmöglichkeiten an den Berufskollegs. Darüber hinaus bieten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften Studienfächer an, die für den Fachunterricht an den Berufskollegs von großer Bedeutung sind. Zu nennen wären hier die Ingenieurstudiengänge, aus denen Lehrkräfte für den Einsatz in Klassen der dualen Ausbildung gewonnen werden können.</p>
<p>8. Welche Vorhaben verfolgt Ihre Partei bei der weiteren Akademisierung der Gesundheitsberufe und wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit von Bund, Land und Hochschulen sowie zwischen den Ressorts auf Landesebene etwa bei der Weiterentwicklung neuer Studienangebote vor?</p>	<p><u>CDU:</u> Wir haben bereits 2010 begonnen, Modellstudiengänge zur Erprobung der Akademisierung der Pflege- und Gesundheitsberufe durchzuführen. Damit sind wir in diesem Bereich bundesweit Vorreiter und engagieren uns stark, um die Attraktivität der Pflege- und Gesundheitsfachberufe durch Akademisierung zu steigern. Die Gesetzgebungskompetenz für Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen liegt jedoch beim Bund, sodass wir uns u. a. in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ intensiv für die zeitnahe Überführung der Modellstudiengänge in den Therapieberufen in Regelstudiengänge eingesetzt haben. Der Bund ist diesem dringenden Anliegen bisher aber leider nicht nachgekommen, sondern hat in den Artikeln 7 bis 9 des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes die bestehenden Modellklauseln um weitere drei Jahre bis 2024 verlängert. Mit dem Hebammengesetz erreichen wir in NRW künftig aber bereits die Vollakademisierung der Hebammenausbildung und sichern so einen Qualitätssprung für diesen wichtigen Berufsstand. Wir stehen zudem in konstruktivem Austausch mit den HAWs, um Weiterentwicklungen voranzutreiben.</p>

SPD: Wir wollen die Aufwertung der Gesundheits- und Pflegeberufe in Nordrhein-Westfalen deutlich vorantreiben. Dies gelingt unter anderem mit einer Kompetenzerweiterung und durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der dazugehörigen Berufsgruppen. Die Akademisierung der Gesundheitsberufe ist dabei ein hilfreicher Schritt, um die Kompetenzen der Menschen in diesen Berufen sinnvoll weiterzuentwickeln und diesen somit auch neue Jobperspektiven zu ermöglichen. Dabei ist es unbedingt notwendig, dass dies mit Vorteilen für die gut ausgebildeten Fachkräfte verbunden ist, die sich beispielsweise in einer besseren Entlohnung sichtbar machen. Damit eine Akademisierung der Gesundheitsberufe funktionieren kann, ist eine enge Zusammenarbeit unter Einbindung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen in diese Entwicklung erforderlich. Diesen Prozess muss das Land gemeinsam mit dem Bund koordinieren und moderieren. Das ist unser Anspruch an eine gut kommunizierte Weiterentwicklung der Gesundheitsberufe in NRW.

FDP: Wir setzen uns dafür ein, das Personal im Gesundheitswesen bestmöglich aus- und weiterzubilden und dabei neben Fachkenntnissen auch Empathie, soziale Kompetenz und technologische Fähigkeiten zu vermitteln. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Studienkapazitäten in den Pflegewissenschaften an den Hochschulen ein. Leider hat die vorherige Bundesregierung für Logopädie, Physiotherapie und Ergotherapie im Gegensatz zu Pflege und Hebammenberuf keine reguläre hochschulische Ausbildung in die Berufsgesetze aufgenommen, sondern trotz der bekannten Ergebnisse aus der Evaluation der Modellstudiengänge nur die Modellklauseln ein weiteres Mal bis Ende 2024 verlängert. Wir setzen uns für eine dauerhafte Lösung ein, um die Unsicherheit hinsichtlich der Akademisierung dieser Gesundheitsberufe zu beenden.

Grüne: Gemeinsam mit dem Bund unterstützen wir den weiteren Weg der Gesundheitsberufe bei der Akademisierung. Wir fördern die neuen Studiengänge an den Hochschulen weiterhin und werden prüfen, wo Fachkräftebedarfe in der Praxis eine Ausweitung des Studienangebots bedürfen. Die Weiterentwicklung der Studienangebote erfolgt unter Einbezug aller notwendig zu beteiligenden Akteure.

AfD: Die „Akademisierung“ von Gesundheitsberufen ist ein Prozess, der weniger der Qualitätsverbesserung dient als vielmehr einer Angleichung an die Ausbildungsordnung

	<p>anderer europäischer Länder. Die Etablierung von Gesundheitsberufen zu akademisierenden Fächer als wissenschaftliche Disziplinen müssen sich im Grunde erst einmal gegenüber der herkömmlichen Fachschulausbildung legitimieren. Dies umfasst auch die Frage nach dem Mehrwert des Hochschulstudiums. Nicht jeder Beruf im Gesundheitswesen lässt sich problemlos akademisieren, denn letztlich ist es die praxisnahe Ausbildung, welche eine hochwertige Versorgung sichert. Das zentrale Ziel jeder Ausbildung im Gesundheitsberuf muss in der Qualitätsverbesserung beruflichen Handelns sein. Hier hat sich die praxisorientierte Ausbildung sehr bewährt.</p>
--	---